

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1931

143 (26.3.1931) Morgenausgabe

Bezugspreis: frei Haus monatlich 3.20 RM. Im Voraus im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 2.- RM. Durch die Post bezogen monatlich 3.40 RM. Einzelpreise: Werftags-Nummer 10 S. Sonntags-Nummer und Beierlags-Nummer 15 Pfg. - Im Fall höherer Gewalt. Brief, Auslieferung usw. hat der Besizer keine Anstände bei verändertem oder Nicht-Erscheinen der Zeitung. - Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Mts auf den Monats-Vertrag angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile 0.40 RM. Stellen-Gebote Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis - Bekannte Seite 2.- RM. an erster Stelle 2.50 RM. Bei Wiederholung tarifierter Abgibt, der bei Nichterhaltung des Preises, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konturien außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Vertriebsort in Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Donnerstag, den 26. März 1931.

Eigentum und Verlag von
: Ferdinand Ziermann :
: Chefredakteur: Stephan Quirnbach :
: Preisverpflichtung: für Politik und Wirtschaft: für badische Politik und Nachrichten: M. Kimmig; f. Kommunalpolitik: A. Hinder; für Lokales u. Sport: H. Volz; für das Deutsche: Dr. G. Sauter; für Dier u. Konzert: Chr. Herle; für den Handel: H. Feld; für die Anzeigen: Ludwig Meindl; alle in Karlsruhe (Baden).
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiner.
Fernsprecher: 4054, 4051, 4052, 4053, 4054.
Haupt-Geschäftsstelle: Katterstraße Nr. 20 a - Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8550. - Beilagen: Volk und Heimat / Literarische Umschau / Roman-Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Politik- und Wälder-Zeitung / Landwirtschaft, Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Der Reichsetat angenommen.

Nur die Kommunisten stimmten dagegen / Auch die Sparermächtigung angenommen.
Einigung über das Zollermächtigungsgesetz.

Brünnings Erfolg.

m. Berlin, 25. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das schwere Werk ist nun also wirklich gelungen. Mit 277 gegen 64 Stimmen hat der Reichstag bei 14 Enthaltungen in dritter Lesung den Reichsetat angenommen. Die Fähigkeit des Kanzlers hat sich durchgesetzt. Er hat die Kettenprobe bestanden und kann nun einen großen moralischen Erfolg buchen, der ihm die Weiterführung seiner Arbeiten ermöglicht. Die Zustimmung der Reichstagsmitglieder hat Herr Dr. Brüning die Rede, die er eigentlich zur dritten Lesung des Etats halten wollte, nicht im Reichstag, sondern vor dem Industrie- und Handelsrat gehalten und darin die Richtlinien seiner allgemeinen Politik noch einmal entwickelt, nicht ohne auch hier wieder scharf darauf hinzuweisen, daß eine neue Einkommensbesteuerung dem Programm der Regierung widerspricht, eine Auffassung, die er nachdrücklich auch im Reichstag in der kommenden Woche zu vertreten entschlossen ist.

Bis zum letzten Augenblick ist es nicht ganz ohne Schwierigkeiten abgegangen. Nicht so sehr beim Etat selbst, obwohl auch hier mehr als ein halbes Duzend namentliche Abstimmungen zu vollziehen waren, die erneut beim Vanzertreuer den Seitenprung des äußersten linken Flügels der Sozialdemokratie Arm in Arm mit den Kommunisten ergaben. Die Gestaltung des Ermächtigungsgesetzes aber blieb bis in den Mittwoch-Mittag hinein unklar, indem hier Konfliktsmöglichkeiten vorhanden waren. Die Kompromißschlüsse, die im Ausschuss gefaßt wurden, genügen der Landvolkpartei und dem Ernährungsminister nicht. Herr Schiele hat am Dienstagabend noch dem Kanzler erklärt, daß er anzuwenden sei, dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch zu überreichen, falls nicht

noch eine entscheidende Umgestaltung eintrete. Das ist ihm gelungen, wenigstens insoweit, als die Klausel über den Verbraucherschutz mehr in den Hintergrund gerückt worden ist, gegenüber dem Grundsatze, daß das Mißverhältnis zwischen dem Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den landwirtschaftlichen Produktionsverhältnissen beseitigt wird, daß also die Landwirtschaft aus der Preisstiegersleistung kommt, die ihr im Augenblick immer noch die gesunde Grundlage abschneidet. Mit dieser Ergänzung hat sich das Landvolk und dann auch Herr Schiele einverstanden erklärt, jedoch damit der letzte Differenzpunkt aus der Welt geschafft ist, der noch bestand.

Das Landvolk hat für den Etat gestimmt, die Sozialdemokraten haben für den Etat gestimmt, die Annahme der Dithilfe ist gesichert, die Annahme des Zollermächtigungsgesetzes wird keine Hindernisse mehr bereiten. Auch über die Verlegung ist man sich einig geworden, jedoch, wenn nicht im letzten Augenblick noch Ueberlegungen eintreten, der Reichstag noch Donnerstag mittag in die Osterferien geht und vielleicht erst am 13. Oktober wieder zusammentritt.

In parlamentarischen Kreisen tauchte am Mittwochabend das Gerücht auf, daß die Nationalsozialisten freudig, am Donnerstag überstehend in den Reichstag zurückzukehren, um bei der Verlegung der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Nach allem was man bisher über die Absichten der Nationalsozialisten gehört hat, klingt es mehr als unwahrscheinlich, daß sie jetzt nach der Verabschiedung des Etats wiederkommen werden. Aber auch selbst wenn sie daran dächten, würden sie kaum in der Lage sein, die Mehrheitsverhältnisse entsprechend zu beeinflussen.

(Siehe auch Seite 2.)

Künstliche Aufregung.

St. O. Die Pariser und Prager Presse sind über die Zollvereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich in eine völlig unverständliche Aufregung geraten, für die eine Erklärung nur darin gefunden werden kann, daß man mit den alten Mitteln der Kriegspropaganda gegen die beiden Länder Stimmung zu machen versucht. Man scheint in Paris und Prag auch heute, zwölf Jahre nach dem Kriege, immer noch zu glauben, man brauche nur auf den Knopf zu drücken, um die alte Front gegen die Mittelmächte wieder erstehen zu lassen, denn sonst hätte man in Paris und Prag nicht mit dem absurden Gedanken gespielt, eine große Protestaktion der Alliierten und ihrer Trabanten gegen Berlin und Wien einzuleiten zu können, eine Protestaktion, die keinen anderen Zweck haben sollte, als gegen zwei Staaten vorzugehen, die sich der Vernunft und der Not gehorchend, zu gemeinsamem wirtschaftlichen Zusammengehen entschlossen haben. Hat man sich in Paris und Prag überhaupt klar gemacht, daß eine solche Protestaktion, ganz abgesehen davon, daß sie jeder wirtschaftlichen Vernunft ins Gesicht schlägt, sich in erster Linie gegen den französischen Außenminister Briand richtet? Briand war es doch, der dem österreichischen Außenminister Dr. Schober in Genf zustimmte, daß regionale Wirtschaftsabmachungen einzelner Staaten den ersten Schritt zur Verwirklichung des Paneuropaidees bilden müßten. Will man Briand desavouieren oder will man seine Worte so deuten, daß sie nur Geltung haben, wenn solche Abmachungen von Frankreich und seinen Freunden getroffen werden? Wenn man die Erklärung liest, die der tschechoslowakische Außenminister Beneš gestern vor der Prager Regierungspresse abgegeben hat, daß die Tschechoslowakei zwar selbst über Regionalverträge verhandelt habe, aber die Aufstellung vertrete, daß solche Uebereinkommen nur zwischen Staaten gleicher Machtstellung abgeschlossen werden könnten, dann muß man allerdings zu der Auffassung kommen, daß man in Prag und in Paris, woher Herr Beneš seine politischen Direktiven bezieht, mit zweierlei Maß mißt und Deutschland und Oesterreich als Nationen minderen Rechts betrachtet. Die Zeiten, in denen der Machtbündel einzelner Kabinette den politischen und wirtschaftlichen Frieden Europas verhinderten, sind vorbei, und es hat keinen Zweck, sich in Paris und Prag in eine künstliche Aufregung hineinzuerheben, weil hinter der Politik der Alliierten plötzlich in grellem Licht das Wort „zu spät!“ aufblitzte. Denn das ist die Hauptursache der Verärgerung in Paris und Prag, daß sie die Dinge nicht meistern konnten, weil sie sie nur nach ihren eigenmächtigen Bestrebungen gestalten wollten, daß sie in ihrer Unfähigkeit und Verblendung nicht voraussehen, was kommen mußte und daher, wie die englische und amerikanische Presse nicht ohne Schadenfreude vermerten, von Deutschland und Oesterreich eine Lehre empfingen.

Ueber diese Tatsachen kann der vom Quai d'Orsay inspirierte Versuch, die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen als politische Abmachungen hinzustellen, als Abmachungen, die den Friedensverträgen und dem Genfer Protokoll von 1922 zuwiderlaufen, nicht hinwegtäuschen. Mit derartigen Versuchen wird man sicher keinen Erfolg haben, zumal da die in den Verträgen festgelegte Unabhängigkeit Oesterreichs in der Zollunion ausdrücklich aufrecht erhalten wird. Und wenn wirklich eine Bestimmung sich so umbiegen ließe, daß man sie gegen die deutsch-österreichischen Zollabmachungen ins Feld führen könnte, soll dann der wirtschaftliche Aufbau Mitteleuropas an einem Paragraphen scheitern, an dem nur Paris und Prag sich klammern? England, dessen Wirtschaft nur durch den Freihandel zu weltumspannender Ausdehnung gebracht wurde, das vor hundert Jahren die Kontinentalperle Napoleons I., die es nur mit Hilfe der europäischen Mächtekoalition brechen konnte, über sich ergehen lassen mußte, hat doch kein Interesse daran, sich in das Schlepptau Frankreichs nehmen zu lassen und mit ihm zusammen gegen den Wegfall der Zollgrenzen zwischen Deutschland und Oesterreich zu protestieren. Die englische Presse hat fast ausnahmslos die deutsch-österreichischen Abmachungen begrüßt. Die „Times“ schrieb, Deutschland und Oesterreich hätten den ersten wirklich brauchbaren Schritt getan, um durch Niederbrechung des Zollmauern dem wirtschaftlichen Nationalismus zu Leibe zu gehen. Die „Morningpost“, die uns wahrhaftig nicht gut gesinnt ist, bezeichnete das deutsch-österreichische Abkommen als den ersten und besten Schritt, um die Verhältnisse zum mindesten in einem Lande Europas zu bessern. „Financial News“ erklärte sehr temperamentvoll, alle einsichtigen Menschen müßten dagegen protestieren, daß die Tatsache der deutsch-österreichischen Zollunion zu einem Schredgespenst Europas gemacht werde. Und der „Manchester Guardian“, dessen sachliche Stellungnahme bekannt ist, schrieb resigniert, ein außenstehender Beobachter müsse durch die Haltung der französischen Regierung gänzlich verwirrt werden, einer Regierung, die zuerst mit aller Beredamkeit den Schritt weisen Aufbau einer europäischen Zollvereinigung befürwortete, dann aber ärgert protestierte, sobald der erste kleine Schritt gemacht würde. Mehrere Stimmen der englischen Presse ließen sich noch beliebig vernehmen. Sie alle beweisen, daß man in England nicht nur keine Gefahr in der deutsch-österreichischen Zollunion, sondern im Gegenteil einen erfreulichen Fortschritt erblickt.

Trotz dieser einseitigen Stellungnahme der englischen Presse hat Herr Henderson sich gestern in Paris von Briand breitthlagen und wenn auch nicht zu einem Protest, so doch zu einer Mahnung an die deutsche und österreichische Regierung bewegen lassen, ihre

Straßenkämpfe in Madrid:

Studenten gegen Polizei.

Eine Kundgebung für politische Amnestie.

M. Madrid, 25. März. Die Studenten der Medizin versuchten am Mittwoch um die Mittagszeit einen Demonstrationszug zu organisieren, um ihre Forderung nach einer allgemeinen politischen Amnestie nachdrücklich zu vertreten. Sie wurden von der Polizei daran verhindert und zogen sich in das Fakultätsgebäude zurück, von wo sie die Polizei mit Steinen und Gasbomben bewarfen.

Die Polizei eröffnete darauf das Feuer. Schließlich machten die Studenten einen großen Ausfall, indem sie unter Vorantzen einer roten Fahne die Polizei mit Revolvern beschossen. Darauf griff die Bürgergarde ein und trieb die Studenten durch Gewehrfeuer zurück. Die Straßen zum gesamten Medizinerviertel wurden abgesperrt.

Die Unruhen sind durch das taktische Eingreifen der Polizei beigelegt worden. Die Unruhestiftung wird voraussichtlich geschlossen werden. Ein Polizist und ein Student wurden getötet.

Schwere Zusammenstöße in Indien

Straßenkämpfe in Campur. - Protestkundgebung gegen die Hinrichtung von drei Indern. M. London, 25. März. Bei den Protestkundgebungen in Campur gegen die Hinrichtung von drei Indern, die einen englischen Offizier in Lahore ermordet hatten, kam es zu schweren Zusammenstößen, bei denen 30 Personen getötet und 100 verwundet wurden. Geschäftshäuser wurden niedergebrannt und die öffentlichen Büros wie Post und Banken wurden mit Steinen bombardiert. Da die Polizei allein nicht Herr der Lage werden konnte, mußten starke Truppenaufgebote angefordert werden.

Der Grund zu den neuen Ausschreitungen ist in der alten Feindschaft zwischen den nationalistischen Indern und Mohammedanern zu suchen. Während der Kundgebung für die Hingerichteten sollten sämtliche Büden geschlossen bleiben, eine Aufforderung, der die Mohammedaner nicht nachkommen waren. Darauf plünderten die Nationalisten die mohammedanischen Geschäfte aus und megelten die Inhaber nieder.

Der Völkerbund soll entscheiden.

Das Ergebnis der Besprechungen zwischen Henderson und Briand.

M. Paris, 25. März. Die Pariser englische Botschaft veröffentlichte am Mittwoch nachmittag über die zwischen Briand und Henderson stattgefundene Unterredung eine amtliche Verlautbarung, in der es u. a. heißt, daß der britische Außenminister Briand davon in Kenntnis gesetzt habe, daß er die Aufmerksamkeit der deutschen und österreichischen Regierungen auf die Beunruhigung gelenkt habe, die in verschiedenen Ländern über die Vereinbarkeit des deutsch-österreichischen Abkommens mit den bereits bestehenden Verträgen entstanden seien. Henderson habe die feste Hoffnung ausgesprochen, daß die deutsche und österreichische Regierung ihre Verhandlungen über den Plan einer Zollunion nicht fortsetzen würden, bevor sie sich dem Völkerbundsrat, unter dessen Schutz der Vertrag von 1922 verhandelt worden sei, Gelegenheit gegeben hätten, sich in der kommenden Mai-Tagung davon zu überzeugen, daß die Vorläufe nicht im Gegensatz zu den bereits von Oesterreich übernommenen Verpflichtungen ständen.

Der britische Schrift in Berlin.

M. Berlin, 25. März. (Zuspruch.) Amtlich wird mitgeteilt: Der britische Botschafter hat heute dem Reichskanzler wegen der deutsch-österreichischen Vereinbarung über die Zollunion aufgesucht und ihm mitgeteilt, Herr Henderson halte es im allgemeinen Interesse für notwendig, daß die Angelegenheit im Hinblick auf das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 gemeinsam besprochen würde und daß Deutschland und Oesterreich bis zur nächsten Sitzung des Völkerbundsrates nicht zu endgültigen Feststellungen eilt. Der Reichskanzler hat den Botschafter in seiner Antwort darauf hingewiesen, daß die deutsch-österreichische Vereinbarung sich ganz im

Rahmen des Genfer Protokolls halte und somit nach Auffassung der Reichsregierung und der österreichischen Regierung für den Völkerbundsrat kein Anlaß gegeben sei, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Wenn von anderen Regierungen eine Prüfung der Rechtsfrage angestrebt werde, so brauchen die deutsche und die österreichische Regierung diese nicht zu scheuen. Eine Prüfung des Abkommens durch den Völkerbundsrat unter politischen Gesichtspunkten halte die Reichsregierung nicht für zulässig, da das Abkommen rein wirtschaftlichen Charakter trage. Der Reichskanzler erläuterte die Ziele der deutsch-österreichischen Verhandlungen, die natürlich ihren Fortgang nehmen müßten, die aber, wie von vornherein festzustehen habe, mit Rücksicht auf die zahlreichen zu regelnden technischen Einzelheiten nicht vor zwei oder drei Monaten zum Abschluß gelangen könnten.

Eigenartig berührt es, daß die Engländer uns Vorhaltungen machen wollen, obwohl wir niemals das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 unterzeichnet haben. Sie müssen sich also von Rechts wegen an die Wiener Presse wenden, werden aber auch aus unserem Munde erneut erfahren, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs durch die Zollunion nicht im geringsten angefaßt wird. Wenn allerdings die Gegenseite glaubt, daß wir bis zur Waiitagung des Völkerbundes unsere Verhandlungen mit Oesterreich ruhen lassen, dann gibt sie sich einer Täuschung hin. Wir werden den endgültigen Abschluß der Zollunion sachlich ruhig weiter vorbereiten, zumal nicht der geringste Anlaß besteht, uns dem Druck der Gegenseite zu beugen, für den übrigens die hier in Frage kommenden Mächte nicht die geringste juristische Handhabe besitzen.

Verhandlungen über den Plan einer Zollunion nicht weiter fortzusetzen, ehe der Völkerbundrat sich in seiner Mattagung davon überzeugt habe, daß die Vorschläge nicht dem Vertrag von 1922 widersprechen, in dem Oesterreich sich verpflichtete, sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen und finanziellen Bindung zu enthalten, welche geeignet wäre, seine Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen. Ob eine direkte oder indirekte Beeinträchtigung der österreichischen Unabhängigkeit durch die Zollunion eintreten kann, das hätte das englische Auswärtige Amt auch selbst prüfen können. Deshalb brauchte Herr Henderson, der sich unter dem Eindruck des Flottenabkommens seinem französischen Kollegen Briand verpflichtet fühlt, nicht der Anrufung des Völkerbundrates und damit der französischen Verschleppungstaktik zuzustimmen. Wenn in dieser Anrufung des Völkerbundrates auch keine Anerkennung der französischen Auffassung zu erblicken ist, so weiß der englische Außenminister doch zu gut, daß der Völkerbund zum Aufbau der europäischen Wirtschaft bisher nichts anderes als Statistiken geliefert hat und daß er daher die ungeeignetste Stelle ist, wenn es sich darum handelt, praktische Auswege aus der Wirtschaftskrise zu finden. Besonders Deutschland hat mit dem Völkerbund sehr lehrreiche Erfahrungen gemacht und kann sich unmöglich in einer Angelegenheit, die rein wirtschaftlicher Natur ist, dem Genfer Spruch unterwerfen. Es wird kein Recht und keine Pflicht, wie der Reichsminister gestern vor dem deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin ausführte, in Anspruch nehmen, um durch eigene Initiative und ohne Zögern, auch im Interesse Europas, die Lösung des wirtschaftlichen Problems in den begonnenen Bahnen herbeizuführen. Es kann sich von Paris nicht vorhaken lassen, in welcher Weise es seine wirtschaftlichen Belange wahrzunehmen hat, sondern ist mit Oesterreich, „entschlossen, den Weg, den sie im eigenen Interesse und im Gesamtinteresse Europas als richtig erkannt haben, mit ruhiger Festigkeit zu Ende zu gehen.“ Daran wird keine künstliche Aufregung in Paris und Prag etwas ändern. Wir haben lange genug das Gleichgewicht französischer Siegerwillkür mit uns herumgeschleppt und wollen endlich die Freiheit haben, unsere Wirtschaft nach unseren Interessen und nicht nach denen Frankreichs und seiner Vasallen zu gestalten.

Die Abstimmungen im Reichstag.

* Berlin, 25. März. (Zuspruch.) Die zweite Beratung des Döhlsegesetzes wurde fortgesetzt. Reichsminister Treviranus stellte fest, daß für die Döhlse aufgewendet werden von 1931 bis 1938 mindestens 950 Millionen, außerdem an Kreditmitteln aus Haushaltsmitteln zwecks Vermögens- und Schuldverschreibungen 1.140 Milliarden, im ganzen also etwa zwei Milliarden Mark. Die Regierung hoffe, daß der angelegte Betrag für alle Anträge entschuldigungsfähiger Betriebe durchaus ausreiche.

Die dritte Beratung und die Abstimmungen wurden zurückgestellt.

Es folgte die Fortsetzung der dritten Beratung des Reichshaushaltsplanes 1931 beim Reichsfinanzministerium. Reichsfinanzminister Dietrich erklärte, daß sich die Regierung für Abziehung der geplanten Steuererhöhungen einsetze, weil sie nicht gewillt sei, sich von der geraden Linie, keine Steuererhöhungen vorzunehmen, abdrängen zu lassen.

Nachdem dann noch verschiedene Redner gesprochen hatten, war die Aussprache über den Haushaltsplan beendet. Es folgten nunmehr die vielen vorher zurückgestellten Abstimmungen.

Das Döhlsegesetz wurde im wesentlichen in der Fassung der Beschlüsse des Haushaltsausschusses in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung dieser Gesetze fand infolge eines kommunistischen Einspruchs erst am Donnerstagabend statt. Der Gegenwärtigkeit gegen das Döhlsegesetz wurde in dritter Lesung gegen die Kommunisten endgültig angenommen.

Es folgten die Abstimmungen zur dritten Lesung des Reichshaushaltsplanes. In namentlicher Abstimmung wurde ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung mit 284 gegen 65 Stimmen bei 15 Enthaltungen (Wirtschaftspartei) abgelehnt. Angenommen wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten auch eine Entschleunigung, die erhöhte Umsatzsteuer der Konsumgüter und Warenhäuser mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Ebenso wurde die kommunikative Entschleunigung angenommen, den Verkauf von Einzeligaretten sofort wieder zuzulassen.

Beim Haushalt für die Reichsbahn ist eine Entschleunigung Annahme, wonach aus den Mitteln zur Durchführung der im Döhlsegesetz geplanten Eisenbahnbauten schon im Rechnungsjahr 1931 eine erste Rate für die links des Rheins im Döhlsegesetz vorgesehenen Bahnbauten bestritten wird.

Beim Haushalt der Reichsmarine wurde der kommunistische Antrag, den gesamten Ersatzbauplan zu streichen, mit 284 gegen 65 Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Der weitere kommunistische Antrag, den vierten Teilbetrag für das Panzerschiff A zu streichen, wurde mit 176 gegen 74 Stimmen der Kommunisten bei 106 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten abgelehnt. Mit den Kommunisten haben wiederum einige sozialdemokratische Abgeordnete für die Streichung der Räte gestimmt. Es wird dann namentlich abgestimmt über den kommunistischen Antrag, die erste Rate für das Panzerschiff B zu streichen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und zwar mit 176 gegen 73 Stimmen der Kommunisten bei 106 Enthaltungen der Sozialdemokraten, von denen wieder einige mit den Kommunisten stimmten.

Angenommen wurde noch zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums ein sozialdemokratischer Antrag, aus den Zuschlägen zur Aufsichtsratssteuer 5 Millionen RM. der knappschichtlichen Pensionsversicherung zu überweisen.

Zum Reichshaushaltsgesetz erfolgte zunächst eine namentliche Abstimmung über den bekannten Einsparungsermächtigungsantrag für die Regierung Berlin. Die Ermächtigung wurde mit 290 gegen 65 Stimmen der Kommunisten erteilt. In nament-

licher Schlussabstimmung wurde dann der gesamte Reichshaushaltsplan für 1931 in dritter Lesung mit 277 gegen 64 Stimmen der Kommunisten bei 14 Enthaltungen der Wirtschaftspartei bewilligt.

Zum Genfer Vertrag wurde die Ausfuhrbeschränkung angenommen, die die Anrufung des Reichsbahngerichts fordert. Ebenso fand der Antrag der Wirtschaftspartei Annahme, unter Aufhebung des Vertrages einen entsprechenden Vertrag mit den beteiligten Wirtschaftsorganisationen und den Organisationen des Spektationsgewerbes zum Abschluss zu bringen.

Es folgte die zweite Beratung des Gegenwurfs über Zolländerungen, das sogenannte Zollermächtigungsgesetz. Reichsernährungsminister Schiele teilte mit, daß dem Kabinett bereits am Donnerstag eine Vorlage zugehen werde, die eine Heraushebung der Ausfuhrquote von 60 auf 70 Prozent in Form einer Abänderung des Brotgesetzes vorsehe. Für die beschleunigte Erledigung dieser Vorlage werde Sorge getragen werden. Diese Heraushebung werde unmittelbar eine Senkung des Mehlpreises zur Folge haben und damit die Grundlage für eine Ermäßigung des Brotpreises geben. Unabhängig davon würden insbesondere die Bemühungen auf Herabsetzung der Handelszölle fortgesetzt.

Die Vorlage wurde darauf in zweiter Lesung in der Kompromißfassung angenommen.

Das Urteil im Saffran-Prozess:

Zwei Todesurteile.

II. Wartenstein, 25. März. Am Mittwochabend verurteilte der Vorsitzende im Saffran-Prozess folgendes Urteil: „Es wird verurteilt: Der Angeklagte Saffran zum Tode, 12 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wegen Urkundenfälschung, verbunden mit Blantzettäuschungen, Urkundenvernichtung, verübten Mordes, gemeinschaftlichen Mordes und gemeinschaftlicher Brandstiftung mit Versicherungsbetrug.“

Der Angeklagte Kippnick wegen versuchten Mordes, gemeinschaftlichen Mordes, gemeinschaftlicher Brandstiftung und Versicherungsbetruges zum Tode, 12 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Sella Augustin wegen Urkundenfälschung, Urkundenvernichtung, Beihilfe zum Mord und Beihilfe zur Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug zu 5 Jahren Zuchthaus, wovon sechs Monate auf die Unterjuchungshaft angerechnet werden.

Der Angeklagte Augustin-Berlin wegen Begünstigung zu 3 Monaten Gefängnis, wovon ein Monat auf die Unterjuchungshaft angerechnet wird.

Die Angeklagten Red, Schiedlowski und Kagi wurden freigesprochen.

Der Staatsanwalt hielt in seinem Plädoyer die Unterjuchungen der Augustin für einwandfrei erwiesen und kam dann auf die Briefunterjuchungen der Postbeamten zu sprechen. Hätten die Beamten die Briefe, die von den Abschaffungsorganisationen zur Kontrolle an die fingierten Kunden geschrieben waren, zurückgeschickt, so wäre Saffran aufgefallen, so wäre kein Mord begangen und kein Brand ausgebrochen. Daher seien die beiden Beamten zu bestrafen. Das Reichsgericht möge zuerst gestandene Beweise sein, aber dann habe Saffran durch die Augustin Kippnick in sein Vertrauen gezogen und mit ihm den Mord beprochen. Es sei eine unerhörte Rohheit von Saffran, hier den Vergleich mit unseren braven Soldaten aus dem Weltkriege heranzuziehen. Aus den Aussagen des überfallenen Zeugen Friedrinnig gehe einwandfrei die Absicht eines versuchten Mordes hervor. Es sei völlig gleich, wer die Schüsse in der Mordnacht abgegeben habe. Beide Angeklagten seien voll des Mordes schuldig, die Angeklagte Augustin der Beihilfe.

Nach der darauf erfolgten Verlesung der Strafanträge sprach Kippnick in der Anklagebank zusammen und die Augustin begann zu weinen, während Saffran unbewegt dahsa.

Rechtsanwalt P. D. Berlin erklärte, er wolle durchaus nicht mehr machen, was schwarz sei. Er wisse wohl, daß Sonne und Mond Saffran nicht mehr beschienen würden, aber er kämpfe um seinen Kopf, weil Saffran nicht selbst der Mörder sei. Saffran solle nicht mehr enthalten, als er verdienen.

Die Angeklagte Augustin erlitt einen Weintampf und schlochte anhaltend. Es traten dann zwei Zeugen auf, zwei ehemalige Anführer einer Besserungsanstalt, die die geluchte Tische der Augustin gefunden hatten, an der auch Blutreste heften.

Nachdem Rechtsanwalt Pröll-Berlin um milde Strafe für seinen Mandanten Saffran gebeten hatte, ergriff Rechtsanwalt Böttcher-Berlin die Verteidigung der Angeklagten Ella Augustin das Wort. Er wies auf die außerordentliche Abhängigkeit seiner Mandantin von Saffran hin. Von einer Unterjuchung könne bei ihr garricht die Rede sein. Beide Mörder, die um ihren Kopf kämpften, verdächtigen die Augustin, um sich selbst rein zu waschen. Die Augustin sei nur der Beihilfe der Brandstiftung nach eigenem Geistesvermögen schuldig.

Sodann sprach der Verteidiger Kippnick, Rechtsanwalt Lehmann. Dort, so erklärte er, auf Saffran zeigend, habe der Kopf und dort, auf Kippnick zeigend, die Haut. Er schilderte dann Saffran in seiner Grobmannheit und seinem starken Egoismus, der über Reichen führe. Man müsse sich sehr wohl überlegen, ob nicht für Kippnick Beihilfe in Frage komme.

Die übrigen Verteidiger plädierten für ihre Mandanten auf Freispruch.

Dann erhielten die Angeklagten das Schlusswort. Saffran erklärte weinend: „Ich bereue, was ich getan habe, und bin bereit zu sühnen.“ Ella Augustin erhob sich und rang eine Weile mit den Worten. Dann kamen die Worte stehend und fast unverständlich aus ihrem Munde: „Ich bereue auch. Saffran war nicht schuldig. Ich habe ihn erst dem Kippnick in die Hand gegeben.“ Kippnick erklärte, er habe die Wahrheit gesagt. „Ich bin ein anfänglicher Mensch, trotz allem, wenn ich auch schlechte Dinge begangen habe. Geben Sie mir die Möglichkeit, das zu beweisen.“ Die Angeklagte Sella Augustin rief: „Aber der Mörder sind Sie.“ Kippnick stand auf, erhob die linke Hand zum Himmel: „Der Gott da oben wird darüber entscheiden. Es ist möglich, daß Sie noch einen zweiten Toten auf Ihr Gewissen laden.“ Während Bed auf das Schlusswort verzichtete, erklärten die anderen Angeklagten, sich keiner Schuld bewußt zu sein.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Anzeigenteil.)

Donnerstag, den 26. März.

- Landestheater: Der Manne; Schmeier Angeltica; Gianti Sächel.
- 7 bis 10 Uhr.
- Goldehorn: Barier Revue „Le Gie de Paris“, 8 Uhr.
- Konzerthaus: Zuzn- und Ballerport-Bildabend, 8 Uhr.
- Wandertheater: Deutscher Brauereivorzug, Frau Robert, Barum.
- alten unter Frauen so früh? In der Glashalle des Stadtgartens.
- 8 Uhr.
- Schwärzelsverein: Vorführung von Lichtbildern aus dem Schwarzwald durch Frau Prof. Messinger im Vereinslokal, 8 Uhr.
- Kaffeeabend: Sonderkonzert, 9 Uhr.
- Kaffee-Kabarett: Kabarett-Programme; Tanz, 4 und 8 Uhr.
- Schaubühne: Ariane.
- Wirtshaus: Das Lied der Nationen.
- Residenz-Theater: Geld auf der Straße.
- Polak-Theater: Der Fall des Generalstabsoberst Rebl.
- Union-Theater: Schmeier Ihre Fächer. — Der Mädchenstier.
- Kammer-Theater: Die Schindin jeder Frau. — Die Spionin.

Berliner Theater:

Der neue Hahncleber.

In der Berliner Komödie fand die Uraufführung eines neuen Lustspiels von Walter Hahncleber statt: „Kommt ein Vogel geflogen...“ Es wurde viel gelacht, aber wenig applaudiert.

Hahncleber hatte in Paris Technik und Dialogführung des französischen Lustspiels studiert. Aber er vergaß, als er sie auf das deutsche Unterhaltungsstück zu übertragen versuchte, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese Technik bedingen, kaum noch in Frankreich, keinesfalls in Deutschland gelten. Hahncleber überließ, daß auch in Frankreich die Bühne, langsam, aber spärlich, sich umzustellen beginnt.

„Kommt ein Vogel geflogen...“, nämlich die 17jährige Tochter, die von der Mutter ihrem Liebhaber bisher verheimlicht wurde. Der 40jährige Mann zwischen Mutter und Tochter. Er soll wählen und rückt aus mit dem Dienstmädchen. Dieses leichte Thema könnte ironisch unspielt werden. Hahnclebers Dialog ist eindeutig. Es könnte auf der Ebene eines freieren Lebensgefühls behandelt werden. mit überlegener Feinheit. Es wird aber zornig behandelt (seht also eine eroffene Anteilhaft voraus). Der Vorwurf könnte zu einer herben Konstruktion dienen, etwa zu einer Comedia dell'arte im modernen Kostüm. Dem steht wieder die psychologische Methode Hahnclebers entgegen. Er könnte psychologisch zerlegt werden. Dem widerspricht aber der Anflug zur Typisierung.

So spiegelt dieses Lustspiel in seiner Unsicherheit den Übergang der gesellschaftlichen Zustände wieder. Hahncleber weiß nicht, ob er nur Witze machen oder eine Satire schreiben, ob er einen feischen Konflikt oder einen Spaß darstellen soll. Er macht Witze. Aber sie wirken plump, weil sie die Lebensgefühle weder verneinen noch bejahen, sondern im luftleeren Raum der Literatur hängen. Er arbeitet mit Psychologie. Aber sie ist peinlich, weil sie nicht auf den Lebensumständen der Personen beruht, sondern theaterhafte Erinnerung ist. Hahncleber machte eine Konstruktion: Mutter und Tochter vertauschen die Rollen, ein lustiger Einfall, aber er widerspricht dem, was vorausgegangen ist. Eine Komödie aus verschiedenen Lustspielen, aus verschiedenen Stilen, aus verschiedenen Lebenslagen. Hahncleber, der nach Paris ging, um von der Literatur zum Leben zu finden, kehrt mit einer anderen Literatur wieder zurück.

Die Aufführung verstärkte die Mißverständnisse. Grete Mosheim entschied sich für die Clownerie. Sie tat den entscheidenden Schritt vom Leben (das hinter der Rolle nicht steht) zum Spiel (mit dem sich die Rolle lösen läßt). Sie jonglierte mit ihren Tönen, mit ihren Mienen, mit ihren Gliedern. Sie maunzte und plärrte, sie drehte und wendete sich. Eine lohrbare Leistung, gleichzeitig Rolle und Parodie der Rolle. Aber, um so auf der Grenze der Stille ohne Gefahr für ihre Zukunft balancieren zu können, bedarf Grete Mosheim der Führung durch einen Regisseur. Herr Hartung vermag

eine Schauspielerin nicht zu leiten und nicht zu erkennen, wo die Clownerie aufhört und die Manier beginnt. Taktvoll Ernst Deutsch.

Es ist erfreulich, daß in Berlin deutsche Autoren jetzt wieder zur Uraufführung kommen. Das ist selbst dann gut, wenn ein Stück abgelehnt werden muß. Herbert Jhering.

Professor Max Dejer 70 Jahre.

Am 27. März werden es 70 Jahre, daß Professor Max Dejer, der längst über Badens Grenzen hinaus bekannte und geschätzte gelehrte, Forscher und Schriftsteller, der langjährige Leiter von Mannheims öffentlicher Bibliothek und späterer Stadt-Schloßbücherei, der Vorkämpfer Maler Müllers, zu Dresden geboren ward. Es war im Jahre 1857, als der damals 36jährige Max Dejer nach Mannheim kam, wo ihn dann 1899 der badische Staatsminister a. D. August Lamey an die öffentliche Bibliothek im Schloß berief. Was die Leitung und Ordnung dieser Bibliothek bedeutete, kann nur der eremessen, der einmal einen Blick in sie getan hat. Eines der Hauptverdienste Professor Dejers ist die Würdigung der früher vielverkannten, hier befindlichen Bibliothek Desbillons, die der von Karl Theodor nach Aufhebung des Jesuitenordens in Frankreich hier ausgenommene Abbe Franz Joseph Desbillons der Stadt Mannheim stiftete. In ihr, die keineswegs nur einseitig theologisch, sondern voll Freiheit des Geistes zusammengestellt ist, besitzt Mannheims Stadt-Schloßbücherei eine der reichsten Sammlungen französischer Literatur in Deutschland. Ihre Krönung ist die Schatzkammer der Intimabeln, der Erstbrude nach der Erfindung der Buchdruckerkunst in Deutschland, wovon Max Dejer Führer durch die Schloßbücherei die Desbillons'sche Bibliothek 110 Bände dieser für alle Zeiten vorbildlichen Werke der Buchdruckerkunst besitzt. Ferner ist es in erster Linie Max Dejer zu danken, daß die rund 4000 Bände umfassende Sammlung des 1902 verstorbenen Bibliophilen Rammelsdorf der Stadt Mannheim vermacht wurde. Zu den Verdiensten Professor Dejers gehört u. a. auch die Sammlung der Mannheimer Drucke und Buchausgaben der Schillerzeit, der Revolutionszeit von 1848/49, die Anschaffung des berühmten Druckes des Brevarium Grimaud und die Erhaltung der Sammlung wie des Ausleiherverkehrs in den schweren Zeiten des Krieges und nach dem Kriege. Helt doch Max Dejer, der Idealist, während des Krieges ohne Gehalt und ohne fremde Hilfe auf seinem Posten aus, kann erst im Jahre 1922 wurde er mit der Bibliothek bis zu seiner 1927 erfolgten Pensionierung von der Stadt übernommen. Doch mit seiner Arbeit als Bibliothekar ungewohntem geistigen Ausmaßes erlähmt sich wahrlich nicht Max Dejers Verdienst und Persönlichkeit. Schrieb er doch u. a. eine umfassende „Geschichte der Stadt Mannheim“ wie keine hervorragende „Geschichte der Kupferdruckkunst im 18. Jahrhundert“. Vor allem muß aber hier seiner Maler Müller-Ausgabe gedacht werden. Die 1916, also während des Krieges, dank des Opfermutes eines Mannheimer Bürgers, des Architekten Karl Dietrich-Nußbald a. d. S. erschien. Wie also Max Dejer diese erste Volksausgabe Maler Müllers, von dem noch eine Reihe ungedruckter Schriften im

Reinich Mann,



der Verfasser der Romane „Die Göttinnen“, „Professor Unrat“ und „Der Untertan“, vollendet am 27. März das 60. Lebensjahr.

Freien Deutschen Hochstift zu Frankfurt a. M. liegen, zu danken ist, so erreichte es Dejer auch als unermüdeter Vorkämpfer Maler Müllers, daß dessen Schauspiel „Golo und Genoveva“ 150 Jahre nach seiner Entfaltung 1924 an Mannheims Nationaltheater uraufgeführt wurde.

Überblickt man all dies, so muß noch das Schillerdrama „Fiesco“, der arme Teufel“ und seine übrigen Schriften und Vorträge kommen. So ahnt man einigermaßen, welche geistig unalltägliche Persönlichkeit Max Dejer ist. Sieht Professor Dejer auch heute nicht mehr an der Stelle, an der er drei Jahrzehnte lang und wird nicht weinend und fruchtbar wirtete, die Gegenwart soll und wird nicht vergessen, was sie ihm, der an ihr nach wie vor reifen Anteil nimmt, jetzt und für alle Zukunft zu danken hat. Ihm, der mehr als nur Bibliothekar, Gelehrter und Schriftsteller, der Zeit seines Lebens ein Idealist heroischen Ausmaßes war. Kurt Sonnemann.

Entz. Corriass, der Autor der von fast sämtlichen deutschen Bühnen gezielten zeitliche „Prozesse“ und „Sektion Robur“ hat seinen ein neues Volksstück „Die Waise“ vollendet. Das Werk gelangt durch Dejerfeld & Co. Berlin W. 15, zum Verstand an die Bühnen.

Maßnahmen gegen Junglehrernot.

Die Regierungsvorlage im Landtag. — Einig im Ziel, Kampf um den Weg.

25. März 1925.

* Der um die Regierungsmaßnahmen zur Behebung der Junglehrernot in Öffentlichkeit und Beamtenorganisationen entbrannte Kampf fand am Mittwoch nachmittag sein parlamentarisches Widerpiel im alten Weinbrennerjaale. Auch die Regierung hat nicht leichtes Herzens den von ihr vorgeschlagenen Weg beschritten, denn Unterrichtsminister Kemmele räumte in Abwehr und Angriff selbst ein: „Ich habe für die Ablehnung dieses Gedankens seitens der Opposition durchaus Verständnis und kann zugeben, eine angenehme Sache war es für uns auch nicht. Für uns kommt es jetzt darauf an, analog den Vorgängen in der Privatwirtschaft durch eine soziale Handlung und das Aussprechen des Solidaritätsgedankens etwas zu tun.“ Nicht nur die Eröffnung der drei Lehrerbildungsanstalten in Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg, sondern auch die unter dem Zwange der finanziellen Not eingeführten Spar- und Abbaumaßnahmen auf dem Gebiete der Schule haben zu dem katastrophalen Ausmaße der Junglehrernot geführt. Waren es im Jahre 1923 541 unverwendete Lehramtskandidaten und im Jahre darauf 401, so fanden von diesen nur 150 Verwendung, während programmäßig 201 Junglehrer hätten angestellt werden sollen. Im Jahre 1930 wurde nicht ein einziger Kandidat mehr aufgenommen, trotzdem 230 Verwendungstellen vorgesehen waren.

Um die Frage nach den Ursachen der Junglehrernot entbrannte ein heißer Meinungsstreit, der teilweise auch die Person des Unterrichtsministers Kemmele und seines Amtsvorgängers Dr. Veers umbrandete. Es ist für Minister Kemmele sicherlich ein wenig erfreuliches Zusammentreffen, daß er im Jahre 1923 das neue Lehrerbildungsgesetz zu vertreten hatte, das wegen der Konfessionalisierung der Anstalten in Freiburg und Heidelberg und dann auch, weil es den Lehrern doch nicht die erstrebte Hochschulbildung brachte, stark angefeindet wurde, und nun auch wegen der Junglehrernot und der Ueberfülle des Lehrernachwuchses Rede und Antwort zu stehen hat. Gewiß bestand auch schon in den Vorkriegsjahren eine gewisse Ueberfülle, aber in den Nachkriegsjahren erreichte sie erst den katastrophalen Umfang mit seiner seelischen und geistigen Not für die nicht verwendeten Junglehrer. Der Redner der Deutschen Volkspartei bezeichnete sogar die badische Regierungspolitik auf dem Gebiete des Volksschullehrernachwuchses als ein Musterbeispiel einer verfehlten Politik, eine Zensur, gegen die sich verständlicherweise der Unterrichtsminister mit Händen und Füßen wehrte. Es trifft aber doch so viel zu, daß wir in Baden schon 1926 900 nichtbeschäftigte Junglehrer hatten, daß drei Jahre später von der Regierungsbank die gleiche Zahl genannt wurde und die Begründung zu der jetzt zur Beratung stehenden Regierungsvorlage sie auf 800 beziffert. Ein Fehler scheint, wenn die Berechnungen des Abg. Dr. Mattes zutreffen, auch darin gemacht worden zu sein, daß man im Jahre 1923 eine um 50 000 zu hoch gegriffene Schülerzahl der Berechnung des Lehrerberarfs zu Grunde legte. Solange der Junglehrerüberfluß besteht — der Bedarf an Lehrern ist nach Erklärungen der Regierung auf Jahre hinaus gedeckt — und angestrichelt der Spezialausbildung den Lehramtskandidaten ein Uebertritt in andere Berufe nicht leicht sein dürfte, muß der Landtag eben die Folgerungen aus der Lage ziehen und helfend einbringen, wenn auch der Staat bis jetzt insgesamt bereits 1 376 000 Mark an Unterhaltszuschüssen für die Junglehrer aufzubringen hatte.

Sitzungsbericht.

Präsident Duffner eröffnete die Sitzung mit einem tiefempfindenden

Nachruf auf den früheren Reichskanzler Hermann Müller. Er ehrte den Staatsmann, der das deutsche Geschick in schwerster Stunde miterlebt habe und sicher nicht mit dem Herzen dabei gewesen sei, als er das Versailles Diktat unterzeichnet habe. Allein, man habe Schlimmes auf sich nehmen müssen, um noch Schlimmeres zu verhüten.

Das demütigende Gefühl, daß wir heute noch weit entfernt sind von der Veröhnung der Völker und der Wiedergutmachung der Kriegsschuldlinge mit all ihren verheerenden und verderblichen Folgen, will uns nicht verlassen und bedrückt uns auch heute beim Gedanken an offenen Sarge Hermann Müllers.

Sein lauterer Wollen und trefflicher Charakter sichern dem heimgegangenen Kanzler auch bei uns ein treues Andenken.

Der Präsident schließt:

„Angesichts dieses Toten appellieren wir an die Kultur der Völker um uns herum, mit uns zu helfen, die internationale Atmosphäre der Gegenwartsgeschichte zu befeuern und zu entgiften vom Geist, der vom Vertrag von Versailles ausgeht und die Befriedung Europas verhindert.“

(Die Abgeordneten — mit Ausnahme der Nationalsozialisten und Kommunisten waren alle Parteien im Saale anwesend — hatten sich während der Ansprache von den Plätzen erhoben.)

Der Landtag beglückwünscht den Staatspräsidenten.

Präsident Duffner sprach sodann dem Staatspräsidenten Bitte man die aufrichtigsten Glückwünsche des Hauses zu seinem 65. Geburtstag und 40jährigen Beamtenjubiläum aus. Er wünschte ihm unter lebhafter Zustimmung noch eine lange Reihe von Jahren geeigneten Schaffens und einen glücklichen Lebensabend. Nach Verlesung der zahlreichen Eingänge wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Die Junglehrernot.

Zur Regierungsvorlage über Maßnahmen zur Behebung der Junglehrernot liegen mehrere Anträge verschiedener Parteien vor.

Abg. Dr. Person (Ztr.) erstattete einen erschöpfenden Bericht über die Beratungen des Haushaltsausschusses.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) führte zur Begründung seines Antrages auf

Schließung der Lehrerbildungsanstalten

aus, die Behandlung der Frage des Lehrernachwuchses in Baden sei das Musterbeispiel einer verfehlten Politik. Entscheidend für die heutige Junglehrernot seien die verfehlten Maßnahmen des Jahres 1926 (Lehrerbildungsgesetz). Wir von der Volkspartei haben an der Junglehrernot keinen Anteil und lehnen auch die Verantwortung für die Folgen der jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen ab. Der Redner stellt dann Betrachtungen an über die Schulpolitik des letzten Jahrzehnts. Das Schlimmste seien die geistigen und seelischen Wirkungen auf die jungen Menschen. (Zuruf: Wie sieht denn in den anderen Bezirken aus?) Die jungen Leute hätten die Anstalten aufgesucht in der Voraussetzung, beim Staate Aufnahme zu finden. Die Junglehrerpolitik bringe nur weitere finanzielle Lasten. Die Sicherheit, daß in Zukunft keine Junglehrernot mehr entstehe, sehen wir in der Schließung der Lehrerbildungsanstalten. Die Stellungnahme zu unserem Antrag ist für uns ein Prüftstein, ob man den ernstlichen Willen hat zu sparen, zu vereinfachen und zu reformieren.

Abg. Bod (Komm.) begründete weitgehende Anträge, um der Junglehrernot zu steuern, so die Forderung auf Herabsetzung der Klassenstärke auf 30 Köpfe. Eine richtige Lösung der Schulfrage könne nur ein Sowjetdeutschland bringen.

Abg. Ewald (Ev. Vd.) beantragte, von der Bestimmung der Sperre der Dienstalterszulagen Schwerekriegsbeschädigte, sowie verheiratete nicht planmäßige Volks- und Fortbildungsschullehrer mit einem oder mehreren Kindern auszunehmen.

Abg. Kraft (Natio.) begründete die zur Frage der Junglehrernot gestellte förmliche Anfrage seiner Partei. Trotzdem sich die optimistischen Berechnungen des Ministeriums als unrichtig herausgestellt hätten, habe Minister Dr. Veers f. Zt. die Eröffnung der neuen Lehrerbildungsanstalten verfügt, ohne daß ihm hierfür Mittel bewilligt worden seien. Darin liege eine Verletzung der Verfassung, die Schuld an der Junglehrernot trage der frühere Minister Dr. Veers und er sei dafür verantwortlich zu machen.

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Kemmele erklärte in der allgemeinen Aussprache: Eine zuverlässige Aufstellung über den voraussetzlichen Lehrerberauf an der badischen Volksschule auf die Zeit von sechs Jahren hinaus sei nicht möglich, weil die Verhältnisse an der Schule sich von Jahr zu Jahr ändern. Zur Behebung der Junglehrernot haben wir den gegenwärtigen Gelehtentwurf eingebracht. Weder die mit den Vorarbeiten des Lehrerbildungsgesetzes vom 30. März 1926 noch die mit der Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten befaßten Regierungsorgane haben fahrlässig gehandelt. Die Ausführungen des Abg. Dr. Mattes verstehe ich dahin, daß das Lehrerbildungsgesetz nicht hätte gemacht und die Ausbildung auf die Basis des Hochschulstudiums gestellt werden sollen. Wären wir dem gefolgt, so hätten wir heute ein noch viel größeres Mesejoreneld, als es ohnedies schon ist. Der Minister bezeichnete es als eine ungeheure Uebertreibung, zu behaupten, daß diese Not erst in den letzten zehn Jahren in Erscheinung getreten sei. Auch die Vorkriegszeit weiß davon zu erzählen und ich kann mich besonders an diesbezügliche Darlegungen des Ministers

Dr. Böhm im Jahre 1913 erinnern. Auch in Zukunft wird jede Schulverwaltung zeitweise mit Lehrermangel und zeitweise mit Ueberangebot zu rechnen haben. Die Unterhaltszulagen sind nicht etwa die Folge einer verfehlten Politik, sondern sozialen Motiven entsprungen. Der Minister warf einen Rückblick auf den Werdegang der Lehrerausbildung in Baden und stellte fest, daß schon im Jahre 1925 der Landtag grundfänglich eine Neuordnung verlangt habe. Die Schuld an der Junglehrernot tragen die Zeitverhältnisse und der Umstand, daß Reich, Ländern und Gemeinden die Mittel fehlen. Ich bitte, die Vorlage anzunehmen und sie als einen Versuch sozialer Maßnahmen zu betrachten.

Abg. Verberich (Ztr.) unterstützte den Standpunkt der Regierung und setzte sich mit den Gegnern der Vorlage auseinander. Man sehe keinen anderen Weg, um den Junglehrern zu helfen. Die Sperre der Lehrerbildungsanstalten für ein Jahr sei eine Folge der wirtschaftlichen Not, und man könne nur hoffen, daß sie baldigt wieder aufgehoben werde.

Abg. Reinhold (So.) hielt den Gelehtentwurf für zweckmäßig und stimmte ihm zu. Der Redner polemisierte anschließend gegen Deutsche Volkspartei und Jungdemokraten; die Lehrer sollten sich insgesamt solidarisch fühlen, wie es die Arbeiterchaft in vielen Fällen schon vorbildlich getan habe.

Auf Antrag des Abg. Dr. Baumgartner (Ztr.) wurde um 8 Uhr die Beratung abgebrochen.

Fortsetzung Donnerstag vormittag 8½ Uhr.

Das Ortschaftensteuergeleht.

Es hat sich als notwendig herausgestellt, die Uebergangszeit für die endgültige Regelung des Belastungsverhältnisses für die Erhebung der Ortschaftensteuer um weitere fünf Jahre zu verlängern, d. h. bis zum 1. April 1936. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Ueberschuldung sich heute noch in lebhafter Entwicklung befindet und wesentliche Änderungen gegenüber bisher mit Wirkung vom 1. April 1932 ab eintreten infolge der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930.

Die Grundsteuerwerte für Eichen- und Buchwäldungen.

Der Badische Waldbesitzerverband teilt uns mit: Auf unsere Eingabe hat nunmehr der Minister der Finanzen durch Verfügungen vom 19. Februar und vom 11. März Anordnungen getroffen, die von den betroffenen Waldbesitzern mit großer Genugtuung und Dankbarkeit zur Kenntnis genommen werden und einen ungerechtfertigten steuerlichen Druck endlich beseitigen. Im Hinblick auf die ungünstige Lage der Eichen- und Buchwäldungen werden die derzeitigen Steuerwerte der Eichen- und Buchwäldungen bis auf weiteres allgemein ab 1. April 1931 auf ein Drittel ermäßigt. Bezüglich der Eichenwäldungen gilt die Ermäßigung ohne Rücksicht darauf, ob der Schälbertrieb eingestellt ist oder nicht. Die Erleichterungen werden ohne Rücksicht auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Steuerpflichtigen von Amts wegen gewährt und gelten sowohl für Privat- als auch für Gemeinde- und Körperschaftswäldungen. Die so ermäßigten Steuerwerte gelten auch für die an die Landessteuer sich anschließenden Gemeinde-, Kreis- und Kirchensteuern.

Die mit Erlass vom 24. September 1926 für Waldgrundstücke mit ausbleibendem Betrieb allgemein bestimmten Ermäßigungen der Steuerwerte aus Billigkeitsgründen gelten im übrigen auch für die Eichen- und Buchwäldungen ohne Rücksicht auf die vorstehende Sondermaßnahme unverändert weiter. Die Steuerfreiheit von in Umwandlung zu Hochwald begriffenen Eichenwäldungen auf die Dauer von 30 Jahren besteht ebenfalls unverändert weiter. Damit besteht der Anreiz zur Vornahme von Ueberführungsarbeiten unverändert fort.

Für die Durchführung dieser Steuerwertermäßigung und im Interesse einer Gelehtvereinfachung ist anordnet, daß die Ermäßigungen der Steuerwerte schon bei der Veranlagung durch die Finanzämter zu berücksichtigen ist, so daß die Steuer nur aus den ermäßigten Steuerwerten errechnet wird. Von den Ermäßigungen werden rund 20 000 Hektar Eichen- und Buchwäldungen betroffen.

Bürgermeisterwahlen.

— Engen, 25. März. Bei der Bürgermeisterwahl in Riedheim wurde der bisherige Bürgermeister Robert Dörmal einstimmig wieder gewählt.

— Neudorf, 25. März. Der schon seit 21 Jahren im Dienst stehende Bürgermeister Otto Döcker legte sein Amt nieder.

IGARETTEN
MITEN SIE DAS
ANTIE FÜR
SOZIAL-
PERFEKT 50s

5 MINUTEN HÖCHSTER GENUSS!

MAKEDON ist die einzige Firma, die die Herstellung der Zigarette von der Tabakpflanze an bis zum fertigen Produkt in eigener Regie selbst die Bearbeitung des Rohabaks. Vier volle Jahre wird er in unseren Orient-lägern gepflegt, bis er alle Eigenschaften eines erlesenen Tabaks ganz entwickelt hat. Eine solche, durch langjährige Erfahrung erprobte Behandlung verbürgt allein das herrliche Aroma, den edlen Geschmack und die große Bekömmlichkeit der MAKEDON-Marken.

MAKEDON PERFECT 50s
EINHEITS-PACKUNG
MIT U. OHNE MUNDSTÜCK

EXTRA 80s
EINHEITS-PACKUNG
MIT U. OHNE MUNDSTÜCK

ZIGARETTENFABRIK MAKEDON G. M. B. H., MAINZ
KONZERNFREI

Generalvertretung: **Walter Arnold, Karlsruhe, Ebertstraße 4/0. Telefon 3933.**

Die Klinikneubauten in Freiburg.

Die Regierung verlangt weitere Mittel.

Dem badischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen über eine Änderung des Finanzgesetzes:

In Artikel 1 wird bestimmt:

Der im Staatshaushalt 1930/31 für den Neubau der Universitätsklinik Freiburg bewilligte Betrag von 2,3 Millionen wird um 1.126.000 RM. auf 3.426 Mill. erhöht. Auf den gleichen Betrag wird in Einnahmen der außerordentlichen im Wege des Staatskredits aufzubringende Zuschlag der Amortisationskasse zur Fortführung der Klinikbauten in Freiburg erhöht. Der festgestellte restliche Fehlbetrag für 1930 und 1931 mit 3.553.750 RM. bleibt unberührt.

Aus der Begründung geht hervor, daß die medizinische chirurgische Klinik, sowie Betriebs- und Wirtschaftsgebäude noch im Laufe dieses Jahres dem Betrieb übergeben werden können.

Nach den neuerdings vorgenommenen sorgfältigen Berechnungen wird sich der Gesamtaufwand für diese Bauteile, ohne die Inneneinrichtung auf 13.424.423 RM. belaufen, von denen auf die Staatskasse drei Fünftel 8.054.654 RM. entfällt.

Für diese Bauten wurde bis jetzt bewilligt: 8.150.000 RM. Dazu kommt der städtische Anteil mit 5.433.330 RM., sodas insgesamt an Baugeldern 13.583.330 RM. zur Verfügung stehen.

Um die neue Klinik rechtzeitig in Betrieb setzen zu können, ist jedoch die Bewilligung der Kosten der Inneneinrichtungen der neuerrichteten Gebäude erforderlich. Diese Inneneinrichtungskosten belaufen sich nach sorgfältiger Berechnung auf 1.854.600 RM.

Nach Verwendung der bei den Bauten voraussichtlich zu erzielenden Ersparnisse von rund 1.589.000 RM. ergibt sich hiernach ein Bedarf von 1.695.700 RM. Hieron entfallen auf die Staatskasse drei Fünftel mit 1.017.420 RM. Außerdem sind nach dem mit der Stadt Freiburg abgeschlossenen Vertrag drei Fünftel des Aufwandes für die Fertigstellung der Hörsaal- und Präparatorien mit rund 108.780 RM. zu erwarten, so daß der gesamte die Staatskasse betreffende Restbetrag noch 1.126.150 RM. beträgt. Mangels laufender Deckungsmittel muß auch dieser Restbetrag wieder auf Anleihe übernommen werden.

Von dem gesamten staatlichen Baukostenanteil mit 9.276.150 RM. sind 7.076.150 RM. aus Anleihen und 2.2 Mill. aus laufenden Mitteln gedeckt. Mit Rücksicht auf den Kursverlust bei der Anleiheaufnahme muß mit einer Rennerwertigen Verschuldung von rund 7,9 Millionen gerechnet werden.

Vorausichtlich wird der für Verzinsung und Tilgung der Anleiheanleihe angeforderte Betrag von 830.000 RM. ausreichen, um die sich für den gegenwärtigen Haushalt aus der weiteren Anleiheaufnahme ergebenden Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Schlägerei im Heidelberger Stadtrat.

— Heidelberg, 25. März. Als in der Sitzung des Stadtrates der sozialdemokratische Stadtrat Amann eine abfällige Bemerkung über das hiesige nationalsozialistische Blatt, den „Heidelberger Beobachter“ machte, erhob sich der nationalsozialistische Stadtrat Wegel von seinem Platz, ging um den Tisch herum und verlegte Amann eine Ohrfeige. Da Amann die Antwort nicht schuldig blieb und andere sich einmengen, entstand eine große Schlägerei.

Tödlischer Motorradunfall.

— Redargemünd, 25. März. Am Montag abend rannte in der Wiesenbacher Landstraße ein hiesiger Motorradfahrer, der einen Bekannten auf dem Sozius mitgenommen hatte, mit dem Fahrzeug gegen eine Mauer. Während der Fahrer des Rades ohne größere Verletzungen davonkam, erlitt der Beifahrer einen Schädelbruch, der seine Ueberführung in die Klinik nach Heidelberg notwendig machte, wo er bald nach seiner Einklieferung starb. Er hinterläßt eine Frau mit vier Kindern.

Es werden Anforderungen an Sie gestellt.

denen Sie im heutigen schweren Wirtschaftskampf ohne eine mit einer guten Nachrichtenübermittlung ausgestatteten Zeitung nicht gewachsen sind. Die „Badische Presse“ unterrichtet Sie nicht nur auf raschestem Wege und in umfassender Weise über alle wichtigen Ereignisse auf sämtlichen Gebieten, sondern sie ist Ihnen auch Führerin und Beraterin zugleich. Die „Badische Presse“ enthält immer etwas Wichtiges für Sie, ein Abonnement bringt Ihnen daher in jedem Falle mehrfachen Nutzen.

— Stupsersch bei Durlach, 25. März. (Tödl. Verunglück.) Heute vormittag wurde der Vorarbeiter Künzler von hier auf dem Feldwege Stupsersch — Grünmetersbach, unter seinem Fuhrwerk liegend, tot aufgefunden. Er war am Abend zuvor von Langensteinsbach nach dem Bogenhof unterwegs gewesen, von dort jedoch nicht zurückgekehrt. Sein Fuhrwerk war einen hohen Abhang hinabgestürzt. Während das eine Pferd erst aus seiner schwierigen Lage unter der Deichsel befreit werden mußte, hatte das andere Pferd sich losgerissen und weidete auf einem Kleeacker in der Nähe. Da der Wagen etwa 200 Meter von der eigentlichen Fahrstraße gefunden wurde, steht noch nicht fest, ob es sich um einen Unfall oder ein Verbrechen handelt.

Die Toten im Lande.

— Rheinsheim, 25. März. Am Montag verchieden nach kurzem Krankenlager im Alter von 85 Jahren Adam Josef Burk, Teilnehmer der Kriege von 1866 und 1870/71, und im Alter von 75 Jahren Heinrich Willeman, Bahnarbeiter a. D.

Eine Liebestragödie.

DJ. Kattat, 25. März. In Durlach bei Zürich erschof in der Nacht zum Mittwoch der aus Kattat in Baden gebürtige 23 Jahre alte Fritz Wittmann seine 22 Jahre alte Geliebte, eine Oesterreicherin namens Aloisia Fuch. Diese beabsichtigte, das Verhältnis zu Wittmann zu lösen. Wittmann kam am Dienstag abend vor das im Erdgeschoß gelegene Zimmer der Fuch, als sie gerade zu Bett gehen wollte. Im Verlaufe des Wortwechsels zog er seinen Revolver und gab auf das Mädchen mehrere Schüsse ab, die ihren sofortigen Tod herbeiführten. Darauf richtete Wittmann die Waffe gegen sich selbst und verlegte sich so schwer, daß er am Mittwoch morgen im Krankenhaus starb.

Beleidigungsprozeß Kemmele — Polizeileutnant Pflaumer.

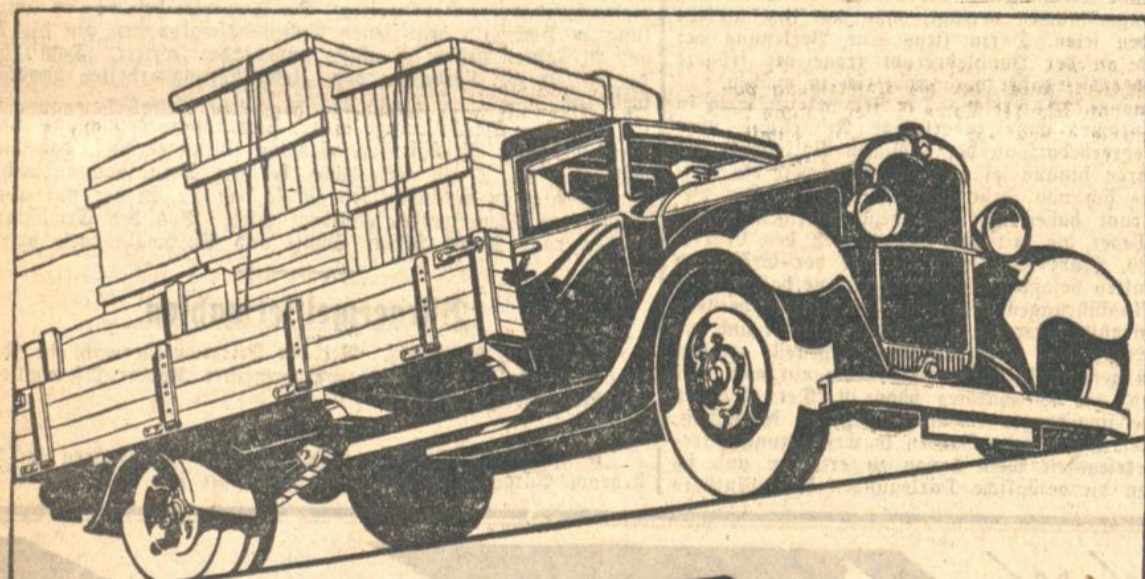
Mannheim, 25. März. Am 11. Oktober 1929 sprach der Polizeileutnant Karl Pflaumer in einer nationalsozialistischen Versammlung. In seiner Rede sprach er über den badischen Minister Dr. Kemmele. Dieser habe an Zehnjägern mit dem Zigarrenfabrikanten Mehrapfel teilgenommen, der 24.000 Mark Steuern hinterzogen habe. Pflaumer wies ferner darauf hin, daß ein Polizeileutnant Waster von einem Kollegen in einer öffentlichen Versammlung als Lump, Schindluder und Gauner bezeichnet worden sei, ohne daß etwas daraufhin erfolgt sei. Pflaumer wurde vom Landgericht Mannheim wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 200 RM. verurteilt. Seine Revision wurde vom Reichsgericht entsprechend dem Antrag des Rechtsanwaltes verworfen.

Gesuchter Straßenräuber.

Badische und pfläzische Sicherheitsstellen suchen nach einem gemeingefährlichen Straßenräuber. Es handelt sich um den 47 Jahre alten Heizer Emil Paul Müller aus Markschwyz i. Sa., der am letzten Samstag abend in der Industriestraße in Bruchsal einen Kellner rüdlings überfallen und eines Barbetrages von 40 Mark beraubt hatte. Müller treibt sich jetzt als Bettler umher und nachdrücklich gerne in Herbergen. Seine Flucht soll ihn in die Pfalz geführt haben.

Ernennungen — Versetzungen — Zurufetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Ihren Amtspflichten kraft Gesetzes enthoben: Professor für Physik an der Universität Heidelberg, Geh. Rat, Dr. Philipp Lenard, Professor für Geologie und Paläontologie an der Universität Freiburg, Geh. Hofrat Dr. Wilhelm Deicke, Professor für Mathematik an der Universität Freiburg, Geh. Hofrat Dr. Robert Seifert, Professor für Klassische Philologie an der Universität Freiburg, Geh. Hofrat Dr. Otto Jannitsch. Kraft Gesetzes treten in den bayerischen Ruhestand: Rektor Johannes Hill in Bremen; Radikaler Geh. Hofrat Dr. Schirmer in der Lehrerschule in Hirtswangen; Hauptlehrer Gustav Kuffner in Weidenheim; Hauptlehrerin Karolina Dörfl in Karlsruhe. Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Professor Immanuel Bölle an der Geopädagogischen Schule in Konstanz; Studentat Dipl.-Ing. Gottlieb Wimmer, an der Gewerbeschule in Laub. Zur Ruhe abetzt auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Studentrat Arthur Fritsch an der Humboldt-Schule in Karlsruhe; Hauptlehrer Hans Zernackel in Hirslanden. Geschieden: Handelsreisepflegerin Frau Pauline Wagner, geb. Schäffer, am Neugartenturm mit Verrentung in Weidenheim.



Radstand 4,25 m

Bei der Anschaffung Ihres Lastwagens richten Sie Ihr besonderes Augenmerk auf die Länge des Radstandes. Ein langer Radstand gestattet die Verwendung geräumigerer Aufbauten, während ein zu kurzer Radstand die Notwendigkeit ergibt, die Karosserie weit über die Hinterachse hinaus zu bauen. Die Folge davon ist eine Überlastung der Hinterachse und die Möglichkeit von Differentialbrüchen. Der Citroën 2-To Lastwagen, der über den ungewöhnlich langen Radstand von 4,25 m verfügt, ist äußerst stabil gebaut, mit Zwillingsbereifung 6,5x20 ausgerüstet und vereinigt Wirtschaftlichkeit mit langer Lebensdauer.



CITROËN

BERLIN KÖLN

AN DIE CITROËN AUTOMOBIL A.G., BERLIN-HALENSEE
Senden Sie mir unverbindlich und kostenlos ausführliche Druckschriften über Ihren 2-To Lastwagen.
Name: _____
Genauere Adresse: _____

Vertreter: W. HERTENSTEIN, Ritterstraße 13—17, Fernruf 6830.

MOTTEN

samt Eier, Larven u. Puppen werden im Inneren d. Polstermöbel, Matten, Teppiche etc. vollständig gerodet unter Garantie vernichtet.
D. V. U. Anton Springer
Ettlingerstr. 51, Tel.

2340

Sie werden in wenigen Tagen (14.4.32) Nichtraucher wenn aus gesundheitl. oder finanzi. Gründen gerodet unter Garantie vernichtet.
Dr. Gebhard & Co.
Berlin W. 15.1003.

Kapitalien

Auf ein Darlehen im Bad. Schwarzwald, werden 10.000.— bis 12.000.— auf 1. Hypothek geschuld. Zinsenwert 43.000 M. Angeb. unt. 8.8.66001 614106 an die Bad. Presse Hl. Hauptpost. Sendung bis 1. April. Einzahlung ca. 3.—5000 M. Wer leicht od. leichtet Rückzahlung gegen gute Sicherheiten, ist Gegenstand, wird bei groß. Erbschaftssteuer. Gegenrecht v. 50.000 bis 100.000 M. nach Berlin, bereitwillig gewährt. Erste Angebote unt. 141404 an die Badische Presse. Sorder verboten.
Aletnik, tücht. Techniker, 31 J. alt, sucht Teilhaber in mit 5.—10000 RM. im Patentvertrieb. Gewährt wird Anteilnahme oder Zins, je n. Wunsch. Bei gegenseit. Zuneigung evtl. Separat. Angeb. u. N. 202514 an d. Badische Presse.

Immobilien

Bäckerei
frankfurt, (Karlstr.), prima Gebäck, Kap. 10000 M. erforderlich, sofort zu beziehen. Offerten unter 6824 an die Bad. Presse.

Real-Gastwirtschaft

in Karlsruhe auf 1. Juli 1931 gef. Angeb. unt. N. 6597/14105 an die Badische Presse Hl. Hauptpost.

Männer wach auf!

mir träumte, wir haben in der Preuß.-Südd. Staats-Lotterie gewonnen.

Gleich morgen kaufen wir uns ein Los — denn die Ziehung der 1. Klasse ist schon am 20. und 21. APRIL

Das Los kaufen wir aber bei

GOLDFARB

STAATLICHE LOTTERIE-EINNAHME
KARLSRUHE • KAISERSTRASSE 161

Das schönste Ostergeschenk ein Sparbuch der

Städt. Sparkasse Karlsruhe

Einmal angefangen, regt es durch die mühsame Selbstvermehrung zu weiterem Sparen an und führt damit im Laufe der Jahre zu Vermögen und Wohlstand

Forellen

Portions-Forellen
prompt, lebend v. 5 Pfd. geschlach. tote, küchenfertige garnit. blau werdend v. 2 Pfd. per Pfd. 4.50—
Forellenzucht Marxzell. Tel. 1.
Inhaber: Gropp-Brann

Verlobungs-Karten und -Briefe werden rasch und preiswert angefertigt in der Druckerei F. Ebersgarten (Badische Presse).

